

Erklärung von Neumünster

verabschiedet auf der Bundesdelegiertenkonferenz, 26.-28.4.91

Das entsetzliche Geschehen seit dem 15. Januar, der Krieg im Nahen Osten, der Völkermord an den Kurden, die Umweltkatastrophe der brennenden Ölquellen, hat das grüne Wahlergebnis vom 2. Dezember fast zu einer Nichtigkeit werden lassen. Dennoch oder gerade deshalb müssen wir uns den Konsequenzen der verlorenen Bundestagswahl stellen. Positiv betrachtet haben wir von unseren Nicht-mehr-WählerInnen den Auftrag erhalten einen inhaltlichen und strukturellen Neubeginn einzuleiten, der uns zu einer handlungsfähigen Partei mit einem klaren Profil macht. Der große Erfolg grüner Politik war, die Themen Ökologie, Frieden, Selbstbestimmung sowie Fragen der demokratischen Kultur auf die Tagesordnung gebracht zu haben. Diese historische Aufgabe haben wir erfüllt. Wir müssen jetzt dafür kämpfen, daß auch gehandelt wird. Dazu braucht es DIE GRÜNEN. Der Verantwortung, die wir gerade durch unsere Erfolge in den letzten zehn Jahren in dieser Gesellschaft übernommen haben, wollen wir uns nicht entziehen. Wer die Zukunft gewinnen will, muß bereit sein, aus seiner Vergangenheit zu lernen.

DIE GRÜNEN wollen aus dieser Situation die Konsequenzen ziehen. Schließlich stehen die großen Fragen der GRÜNEN: Ökologie, Frieden, Demokratie, soziale Solidarität, Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern, mit unveränderter Dringlichkeit und Aktualität auf der Tagesordnung. Die anderen Parteien reden von diesen Themen, doch sie tun herzlich wenig. Eine Partei der Ökologie, des Friedens und der politischen und sozialen Bürgerrechte ist unverzichtbar.

Mit dem vorliegenden Papier wollen DIE GRÜNEN einen Erneuerungs- und Reformprozeß des grünen Projektes befördern. Selbstverständlich ist nicht alles nun plötzlich falsch geworden, was DIE GRÜNEN bislang vertreten haben. Aber es ist notwendig, eine Positionsbestimmung zu leisten und einen neuen, stabileren Grundkonsens für die grüne Partei zu finden.

Ein solcher Neuanfang kann nicht mit der Brechstange geschehen. Mit diesem Papier formulieren wir eine Richtung und versuchen festzuhalten, was heute schon festgehalten werden kann. Das Papier versucht eine Positionsbestimmung, ohne Anspruch auf Vollständigkeit in der Darstellung der für DIE GRÜNEN wichtigen Politikfelder. Es ist kein Programmpapier. Ein neues Grundsatzprogramm, das über längere Zeit trägt, ist erst noch zu erarbeiten. Hier soll jedoch ein erster Schritt getan werden.

I. Ortsbestimmung

Wir GRÜNEN werden für unseren spezifischen Platz in der Parteienlandschaft weiterkämpfen. Unsere gesamte Geschichte und die der gesellschaftlichen Bewegungen, aus denen wir entstanden sind, weisen uns als eine Partei aus, die die zahlreichen Widersprüche zur traditionellen Politik in dieser Gesellschaft, die Widersprüche zu Zerstörung der Umwelt, zu Demokratiedefiziten, zu sozialer Benachteiligung, zu kultureller Diskriminierung und zur Unterdrückung der Frauen in emanzipatorische Politik wendet. Wir sind eine Partei, die mahnt, die warnt, die provoziert und die bei aller Einsicht in die Notwendigkeit kleinster Schritte weitreichende Problemlösungen anbietet, die nicht vor den bestehenden Macht-, Herrschafts- und wirtschaftlichen Interessenstrukturen haltmachen. Wir sind deshalb weder Volkspartei noch Linkspartei im traditionellen Sinne, auch wenn wir uns gemessen an der herkömmlichen Parteienlandschaft im linken Spektrum bewegen - sofern links bedeutet, daß die großen sozialen und ökologischen Fragen solidarisch und nicht nach der Logik der Eilbogengesellschaft gelöst werden sollen.

Auf der anderen Seite gehen viele Elemente GRÜNER Politik über das traditionelle Links-Rechts-Schema hinaus. Deshalb wollen wir mit unseren politischen Initiativen und Ideen den Dialog und die Auseinandersetzung auch über die Lagergrenzen hinweg führen.

Staatsfixiertheit, Wachstumsdenken, Fortschrittsglauben, Verachtung dezentraler Strukturen im Vergleich zum Zentralen findet sich im traditionellen linken Spektrum ebenso wie auf der rechten Seite. Die ökologische Frage ist in erster Linie eine Gattungsfrage als Überlebensfrage aller Menschen. Sie ist nicht zuallererst eine Klassenfrage (obwohl sie

sehr leicht zu einer sozialen Frage werden kann). In diesem Sinne sind DIE GRÜNEN nicht die Partei eines eingegrenzten Klientels. Sie sind eine Partei, die von Bäuerinnen und Bauern, ArbeitnehmerInnen, WissenschaftlerInnen, LehrerInnen, GewerkschafterInnen, HandwerkerInnen, von Hausfrauen und Hausmännern, StudentInnen und RentnerInnen gewählt werden kann, weil sie mit der ökologischen und sozialen Politik eine Überlebenspolitik für die ganze Gesellschaft suchen.

Wir GRÜNEN werden uns nicht damit zufrieden geben, in Zukunft als Ansammlung von Regionalparteien und Kommunalwahlvereinen eine nachrangige politische Rolle zu spielen. Wir werden nicht untätig zusehen, wie die politische Kultur unserer Republik in die Dumpfheit eines Drei-Parteien-Systems zurückfällt. Unser Ziel ist das come back im Bundestag als einheitliche politische Kraft. Unsere Partei ist dabei kein Selbstzweck; denn die Mißstände, die wir angeprangert haben, bestehen fort. Wir werden die außerparlamentarischen Kräfte neu organisieren helfen, die als gesellschaftliche Gegenmacht gegen wirtschaftliche Machtkartelle und politische Beharrungskräfte ökologischen, sozialen und emanzipatorischen Interessen mit demokratischen und gewaltfreien Mitteln Geltung verschaffen können. Wir werden als kreative, dialogfähige und dialogerzwingende Opposition auftreten. Wo die Mehrheitsverhältnisse es zulassen, werden wir weiterhin rot-grüne Koalitionen anstreben; Voraussetzung aber ist gerade dann eine Schärfung unseres politischen Profils gegenüber der SPD.

DIE GRÜNEN verstehen sich zur Durchsetzung dieser Ziele und Aufgaben als ökologische Reformpartei. Sie sind überzeugt, daß in unserer Gesellschaft der einzige Weg, den Industrialismus zu bändigen und unsere Wirtschaftsweise auf ökologische und soziale Gleise zu bringen, der Weg von tiefgreifenden Reformen ist. Grundlage einer solchen Reformstrategie sind gesellschaftlicher Druck und Auseinandersetzungen. Reformpolitik ist nicht ein bißchen mehr vom Guten und ein bißchen weniger vom Schlechten. Reformpolitik will, bezogen auf den Industrialismus, ein anderes Leben und Arbeiten. Aber sie will es nicht nur, sie will es auch durchsetzen.

Für DIE GRÜNEN sind ökologische und soziale Reformen nicht die verschämte und mit schlechtem Gewissen in Kauf genommene Alternative zur Beseitigung des kapitalistischen Systems. Reformpolitik ist keine konfliktarme oder -scheue Politik, weil sie die Reformen gegen starke wirtschaftliche, bürokratische und ideologische Interessen durchsetzen muß. Wir sind ein Teil dieser Gesellschaft und Reformen sind unsere Strategie, um unsere Lebensbedingungen zu verbessern. Sowohl die gelungenen Veränderungen als auch die noch nicht gelungenen sind Schritte zur Politisierung und zum Bewußtseinswandel. Eine selbstbewußte Strategie radikaler Reformen, die von der Veränderbarkeit der Gesellschaft ausgeht, ist die einzig mögliche Antwort auf die hochkomplexen Strukturen, die wir verändern müssen.

Wir wollen unsere praktische Politik nicht aus vorgefertigten Weltbildern ableiten, sondern, von den vorfindbaren Problemen ausgehend, radikal die notwendigen und angemessenen Lösungen suchen; dabei kann das überschreiten heutiger "Systemgrenzen" weder ein Ziel an sich, noch ein Tabu sein.

Politikstil der GRÜNEN

DIE GRÜNEN streben eine Öffnung ihrer Partei und ihrer Politik zur Gesellschaft hin an. Ihr Politikstil ist daher (auch im Konflikt) dialogisch.

Er versucht, Menschen, die noch nicht auf unserer Seite stehen, zu überzeugen, anstatt sie auszugrenzen. In der parlamentarischen wie außerparlamentarischen Arbeit versuchen DIE GRÜNEN ein möglichst komplexes Netz punktueller inhaltlicher Bündnisse aufzubauen. Dem Schmoren im eigenen Saft soll eine offene und gesprächsbereite Haltung gegenübergestellt werden. Das ist natürlich auch eine Frage der kulturellen Ausstrahlung der GRÜNEN und der Art wie wir selbst miteinander umgehen. Zu einem gewissen Teil ist es sicherlich notwendig, daß DIE GRÜNEN wieder etwas mehr Selbstachtung auch vor der eigenen Organisation finden. Die vielleicht aufrüttelnd gemeinte Selbstanklage etwa, DIE GRÜNEN hätten doch die Ausstrahlung eines alten Sockens, kann in ihrer Wirkung nur das verstärken, was sie beklagt.

Eine erfolgreiche Öffnung der GRÜNEN und eine wirksame Durchsetzung ökologischer Reformpolitik, hat darüberhinaus eine Reihe von Voraussetzungen:

* DIE GRÜNEN müssen es schaffen, trotz der immensen Bedrohungen, vor denen wir stehen, die Dringlichkeit der politischen und wirtschaftlichen Veränderungen nicht durch das permanente Beschwören einer 5-vor-12-Situation ungewollt zu unterlaufen. Wer immer nur aus einer 5-vor-12-Mentalität heraus die politische Auseinandersetzung führt, erzeugt Resignation, Angst und Ablehnung. Dabei spielt es keine Rolle, ob es tatsächlich 5 vor 12 ist. Vielleicht ist ja auch die Metaphorik des 5 vor 12 eine in die Irre führende und politisch lähmende Metapher.

* Ähnliche Probleme schafft auch die Neigung zur Rhetorik der Maximalforderungen, die ja auch oft aus einem 5 vor 12-Gefühl abgeleitet wird. Spiegelstrichkanonaden von Maximalforderungen lähmen oft in der politischen Auseinandersetzung. Sie stellen auch keine guten Beschreibungen von politischen Utopien dar und gefährden die Glaubwürdigkeit, weil die Leute wissen, daß diese Ansammlungen von Maximalforderungen sich angesichts der Komplexität der Verhältnisse als rhetorisch erweisen werden. Dies ist kein Plädoyer gegen die Beschreibung von Leitzielen, Visionen und Utopien - wir dürfen sie nur nicht mit scheinradikalen Phrasen verwechseln. Der falsch formulierte große Schritt kann den kleinen (aber vom Prozeß her gedachten wichtigen) Schritt unglaubwürdig machen.

* Umgekehrt ist auch richtig: GRÜNE Politik darf sich nicht auf die Darstellung technokratisch-administrativer Kompetenz reduzieren lassen. Unsere weiterreichenden Ziele müssen auch in der alltäglichen Reformpolitik erkennbar bleiben.

* Eine weitere Gefahr für eine erfolgreiche reformpolitische Strategie liegt in einer gewissen Selbstüberforderung und vielleicht auch Selbstüberschätzung der GRÜNEN. Oft aus einem positiven Verantwortungsgefühl heraus hat sich die grüne Partei in vieler Hinsicht überfordert. Wir haben oftmals vergessen, daß eine kleine Partei eben eine kleine Partei ist. So ist ein Gefühl der Überforderung entstanden, das im Ergebnis nicht selten Frustration und Resignation bedeutete.

Wir müssen unsere Möglichkeiten in der bundesrepublikanischen Parteienlandschaft und Gesellschaft realistisch einschätzen, sie aber gleichzeitig voll nutzen.

II. politischer Wille

In den GRÜNEN bündeln sich unterschiedliche geistesgeschichtliche Strömungen. Wir werden uns auf die Chance besinnen, die positiven Elemente aus den wertkonservativen, liberalen, feministischen, sozialistischen und freidenkerischen Traditionen zu filtern und im offenen Diskurs weiterzuentwickeln. Nicht Strömungen an sich sind das Problem, sondern das Predigen von Vielfalt und das gleichzeitige Beharren auf der eigenen als der einzigen Wahrheit. Vielfalt darf aber nicht länger zur Beliebigkeit führen und den Versuch, eine einheitliche Identität zu erarbeiten, verhindern. Auch grüne Toleranz und Streitkultur kann überstrapaziert werden.

Deshalb wollen wir hier und heute die Felder, in denen in Zukunft unser politischer Disput ausgetragen werden soll, inhaltlich bestimmen. Diese müssen weit genug sein, um fruchtbare politische Diskussionen zur Entfaltung kommen zu lassen, und eng genug, um ein beliebiges Ausufern zu verhindern.

Einige unserer politischen Grundwerte Ökologisierung, Demokratisierung, soziale Gerechtigkeit und Gewaltfreiheit stehen im Spannungsverhältnis zu einander. Einseitige Auflösungen oder das Ausklammern einzelner Elemente zerreißen das Netz ganzheitlichen Denkens, das die grüne Partei geprägt hat. Frauenpolitik im feministischen Sinne hat sich zu einer tragenden Säule unserer Politik entwickelt und praktisch die Geltung eines Grundwertes erlangt. Die Spannungsverhältnisse wollen wir folgendermaßen umreißen:

Soziale Frage und Ökologie

Das heutige Sozialstaatsmodell, das die sozialen Konflikte der Gesellschaft durch die Verteilung von Wachstumsgewinnen abdämpft, wie auch die klassische sozialistische Utopie, durch eine "Entfesselung der Produktivkräfte" neuen gesellschaftlichen Reichtum zu schaffen, machen unter den Bedingungen einer notwendigen durchgreifenden Ökologisierung der Produktion und einer Beendigung des pauschalen Wachstumswahns keinen Sinn mehr. Die Sicherung einer menschenwürdigen Existenz und soziale Gerechtigkeit müssen ohne pauschales Wachstum, d.h. durch Umverteilung des erwirtschafteten Reichtums, in der Regel von oben nach unten, und durch eine gleichermaßen ökologische, soziale und demokratische Neubestimmung des Wirtschaftens und in einem Umbau der Struktur des Sozialstaats geleistet werden.

Ökologie und Demokratie

Unsere Ansätze, völlig neue Formen des menschlichen Austauschs mit der Natur an die Stelle des industriellen Wachstumsmodells setzen zu wollen, weisen weit über die heutige Form des gesellschaftlichen Lebens hinaus; gleichzeitig aber sind wir faktisch auf den politischen Rahmen verwiesen, der uns hier und jetzt gesetzt ist und der sich mit großer Zähigkeit gegen unsere Reformanstrengungen sträubt. Der Einsatz für eine Ökologisierung von Produktion und Verbrauch erfordert deshalb stets auch den Kampf für eine Erweiterung demokratischer Einflußmöglichkeiten.

Demokratie und soziale Gerechtigkeit

Unser aktives Eintreten für die Sicherung und Erweiterung von Bürger- und Menschenrechten ist unteilbar. Demokratische Rechte und Verkehrsformen müssen für alle garantiert sein. Zugleich bleiben wir nicht unentschieden gegenüber den einzelnen Interessen, die unter dem Dach der demokratischen Regeln agieren. Anders als im klassischen Liberalismus ist unser Eintreten für demokratische Regeln deshalb immer eng verbunden mit einem prinzipiellen Engagement für die sozial Benachteiligten in Nord und Süd. Deshalb nehmen wir die sozialen und politischen Menschenrechte gleich wichtig.

Gewaltfreiheit

Wir lehnen Gewalt als Mittel der Politik ab. Das betrifft sowohl unser eigenes Verhalten als auch das anderer Akteure. Wir erkennen an, daß im innenpolitischen Verhältnis das Volk die notwendige Exekutivgewalt an den Staat delegiert. Damit bleibt der Staat aber an den Volkswillen gebunden und kann nicht von sich aus ein Gewaltmonopol definieren. Wir wollen die dem Staat übertragene Gewalt vermindern und besser demokratisch kontrollierbar machen.

Im außenpolitischen Verhältnis lehnen wir Krieg als Methode der Konfliktlösung ab. Wir streiten für eine ökologisch-solidarische Weltordnung, die die wirtschaftlichen und sozialen Motive für Militärationen abbaut und die Grundlage für nichtmilitärische Formen der Friedenssicherung bilden kann. Gewaltbereiten Diktaturen muß mit zivilen Mitteln wie Embargos, Boykotts und Isolierung als Kernelementen eines Systems kollektiver Sicherheit begegnet werden.

Feminismus

Weltweit werden Frauen durch patriarchale Strukturen und Kulturmuster unterdrückt. Menschen- und Bürgerrechte - ohnehin oft verletzt - haben faktisch für Frauen noch geringere Geltung. Krisenlösungen werden oft auf dem Rücken der Frauen ausgetragen. Wir GRÜNEN sehen hierin ein erstrangiges politisches Problem und werden die Frauen bei ihrem Emanzipationskampf unterstützen. Wir sehen, daß die Gegenwehr der Frauen weltweit verschiedenen Mustern folgt: vom Festhalten an vorindustriellen Lebensformen, über die Gleichstellung mit den Männern in modernen Gesellschaften bis hin zum Versuch, die patriarchalen Strukturen grundsätzlich zu überwinden. Weil gerade der letzte Punkt das Übel bei der Wurzel packt, fühlen wir GRÜNEN uns diesem Aspekt besonders verpflichtet.

Ökologie als Gesellschaftspolitik

Aus den Grundwerten ergibt sich für uns ein einheitlicher Begriff globaler gesellschaftlicher Entwicklung. Wir GRÜNEN wollen dafür eintreten, unter Beachtung der ökologischen Belastbarkeit des Globus und unter Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen mit demokratischen und gewaltfreien Mitteln die Lebenschancen aller Menschen auf möglichst hohem Niveau aneinander anzugleichen.

Die Antwort auf die Zerstörung unseres Planeten kann sich nicht auf einzelne Umweltschutzmaßnahmen beschränken. Die gesellschaftliche Produktions- und Lebensweise muß mit der Ökosphäre vereinbar gemacht werden, damit Mensch und Natur langfristig existieren können. Da die Naturgesetze aber nicht zu ändern sind, muß sich die Gesellschaft verändern, ohne das natürliche System biologisch zu kopieren. Ökologiepolitik ist deshalb immer Gesellschaftspolitik: Politische Ökologie.

Die herrschenden Gesellschaftsformationen, zentral gelenkte Planwirtschaften wie auch die ungebremselte Geltung privatwirtschaftlicher Interessen, haben sich als untauglich erwiesen, ökologisch zu produzieren und strukturelle Armut zu verhindern. Die berechtigte und notwendige Kritik an den einen kann deshalb keine Zustimmung zu den anderen bedeuten. Wir GRÜNEN suchen jenseits der gescheiterten real-sozialistischen Wege und der hemmungslosen Durchkapitalisierung der Welt einen neuen Weg.

Eine ökologische Politik im Schatten der Risikogesellschaft muß eine Wirtschaftsweise durchsetzen, die sich Schritt für Schritt ökologischen Kreisläufen nähert. Unser Ziel ist es, die bestehende Ökonomie des Kahlschlags und der Externalisierung von Kosten durch eine Ökonomie der Nachhaltigkeit und der Verantwortlichkeit zu ersetzen. Das ist zugleich eine Politik der Prävention zukünftiger sowie der Verringerung bestehender Risiken.

Wir setzen gegen den Wachstumswahn der Industriegesellschaften das selektive Schrumpfen und Wachsen im Rahmen eines gezielten ökologischen und sozialen Umbaus. Wir brauchen ganzheitliche Ansätze, in denen der Austausch von Mensch und Natur und der Menschen untereinander nach ökologischen, sozialen und demokratischen

Gesichtspunkten neu bestimmt wird. Mit unseren Umbaukonzepten haben wir detaillierte Vorschläge in diese Richtung entwickelt. Sie umfassen die BRD- und EG- sowie die Nord-Süd-Dimension; die neuen Entwicklungen in den mittel- und osteuropäischen Staaten bedürfen hingegen noch intensiver konzeptioneller Anstrengungen.

Nicht nur gesellschaftliche Strukturen bedürfen der Veränderung, sondern auch die individuellen Lebensweisen. Doch wir wissen: jedem einzelnen Menschen das ökologisch notwendige Maß an Einsicht, Selbstbescheidung und Verantwortlichkeit abzuverlangen, gelingt leichter in einer Gesellschaft, in der alle Menschen weitgehende demokratische Mitentscheidungsrechte haben, niemand wegen kultureller Andersartigkeit diskriminiert und Frauen nicht unterdrückt werden und in der Armut abgebaut ist.

Demokratie

Politik in der Risikogesellschaft darf sich nicht auf die klassischen demokratischen Institutionen und politischen Instrumente beschränken. Diese reichen schon lange nicht mehr aus, die Zukunft zu gestalten oder gar umzugestalten. Deshalb ist es höchste Zeit, die Demokratie selbst zu reformieren. Ökologische Reformpolitik in unserem Sinne bedarf der breiten gesellschaftlichen Debatte und Unterstützung. Sie muß von vielen Menschen verantwortet und getragen werden.

BürgerInnenbefragungen und BürgerInnenentscheidungen müssen daher erleichtert bzw. auf Bundesebene endlich als Ergänzung zur repräsentativen Demokratie eingeführt werden. Möglichst viele Entscheidungen müssen auf die nächst untere Ebene verlagert (Dezentralisierung) und die Gemeindedemokratie muß entwickelt und gestärkt werden.

Die Ausweitung der Demokratie auf Wissenschaft und Forschung, Technik- und Industrieentwicklung ist ebenso unerlässlich wie die Entwicklung demokratischer Strukturen beispielsweise im Medienbereich und in den Bildungsinstitutionen. Dies schließt die innerbetriebliche Demokratisierung ebenso ein wie neue Formen gesellschaftlicher Partizipation an technologischen und ökonomischen Entwicklungen großer Reichweite. Wenn dies nicht gelingt, wird die Politik weiterhin das Nachsehen haben und eine Art hilflose Nachsorgeeinrichtung bleiben für wissenschaftlich-technisch vorbereitete und industriell erzeugte Probleme und Risiken. Die institutionalisierte Technikfolgenabschätzung ist hierfür beispielsweise ein geeignetes Mittel, den gesellschaftlichen Diskurs über zukünftige Entwicklungen anzustoßen.

Zur Entwicklung weiterer wirkungsvoller, demokratischer Instrumente und Verfahren sind wir auf die Hilfe und Unterstützung der jeweilig Beschäftigten, der ExpertInnen vor Ort angewiesen. Wie überhaupt: ökologische und soziale Reformpolitik kann nur erfolgreich werden, wenn sie von vielen Menschen in ihren Arbeits- und Lebensbereichen aufgenommen, weiterentwickelt, durchgesetzt und gelebt wird. Die alte grüne Weisheit, wonach die parlamentarische Politik durch außerparlamentarische Aktivitäten auf der Straße unterstützt werden soll, muß im Zeitalter der Risikogesellschaft insofern modifiziert werden: Parlamentarische und ökologische Reformpolitik bedarf berufs- und lebensweltlicher Unterstützung vieler in Labors, Hörsälen, Redaktionen, Schulkonferenzen, Betriebsversammlungen etc. Ohne eine solche breite gesellschaftliche Reformbewegung, die an allen Ecken und in allen Nischen mit dem ökologischen Umbau beginnt, bleiben die Erfolge der GRÜNEN in Parlamenten und Regierungskoalitionen letztlich bescheiden.

III. Aufgaben für die 90er Jahre

Sozialökologische Politik für Gesamteuropa

Die Auflösung des Ost-West-Konfliktes und die deutsche Einheit haben den nationalen Rahmen, auf den sich ein Großteil unserer Politik bezieht, ausgedehnt und gleichzeitig neu international eingebettet. Daraus resultiert eine doppelte Aufgabe: unsere innenpolitisch ausgerichteten Konzepte müssen entsprechend den besonderen Erfordernissen der hinzugekommenen Bundesländer überarbeitet werden. Im Vordergrund muß dabei die Vermittlung ökologischer Sanierungs- und Präventivmaßnahmen mit den sozialen Ansprüchen der ehemaligen DDR-BewohnerInnen stehen. Der ökologische und soziale Umbau dieser Region mit ihren intensiven Bindungen an die Staaten und Regionen Osteuropas muß zudem mit den existierenden Umbaukonzepten für das ehemalige Westdeutschland mitsamt seiner EG-Bindung verzahnt werden. Gefragt ist eine neue Konzeption von Gesamteuropa. Hierhin gehört auch die Frage nach erhaltenswerten Traditionsbeständen. Was aus der ehemaligen DDR, insbesondere aus der Zeit des Umbruchs, soll und kann realistisch bewahrt werden? Wir werden uns diesem Problemkomplex besonders intensiv zuwenden, weil seine Bearbeitung auch bedeutsam für das Zusammenwachsen der westlichen und der östlichen Varianten grün-alternativer Politik sein wird.

Nord-Süd-Konflikt und neue Kriegsgefahr

Zwar birgt die Auflösung der Ost-West-Spannung die Chance, daß endlich alle finanziellen und politischen Ressourcen in die Lösung der dringendsten Menschheitsaufgaben - Beseitigung des Hungers in der sog. Dritten Welt, Abwendung von Klima- und globalen Umweltkatastrophen - investiert werden. Leider hat es aber den Anschein, als würde die vertikale Teilung der Welt in zwei hochgerüstete Supermächte nun durch die horizontale abgelöst. Der "Norden" steht dem "Süden", die "moderne" Welt der "traditionellen", die "schnellen" Staaten stehen den "langsamen" gegenüber. Der OECD-Block nutzt seine strukturelle Vormachtstellung aus, um den unterlegenen Regionen eine Vorstellung von der neuen Welt aufzuzwingen, die in erster Linie im Interesse der reichen Industrienationen liegt. Die sich abzeichnende Neuordnung der Welt erfordert von uns eine Überprüfung unserer außenpolitischen Positionen: während wir bereits umfassende Thesen für eine ökologisch-solidarische Neuordnung weltweiter Wirtschaftsbeziehungen entwickelt haben, warten unsere Kernaussagen zur Friedenspolitik auf eine Aktualisierung. Wie kann ein abstrakter Pazifismus, wie kann unsere Forderung nach Auflösung der NATO zugunsten einer gesamteuropäischen und globalen Sicherheitspartnerschaft einmünden? Wie müssen - gerade im sich verschärfenden Nord-Süd-Konflikt - nichtmilitärische Formen von Sicherheitspolitik auf der Basis einer ökologisch-solidarischen Weltwirtschaft aussehen? Wie müssen wirtschaftliche Konversionsprozesse bei uns und anderswo aussehen, die unumkehrbar die Waffenproduktion abbauen?

Modernisierung und Tradition

Im kommenden Jahrzehnt wird sich die Frage entscheiden, ob sich technologische Innovation und gesellschaftliche Modernisierung ungehemmt durchsetzen und traditionelle Lebenswelten innerhalb und außerhalb unserer eigenen Gesellschaft endgültig an den Rand drängen werden. Völker, die sich gegen die Einverleibung in die Geldwirtschaft sperren, sind bedroht; bäuerliche und handwerkliche Produktionsweisen, die sich nicht auf die Erfordernisse des Weltmarktes einlassen, werden zurückgedrängt; Nachbarschaften und zwischenmenschliche Solidarität fallen der Zerstörung gewachsener sozialer Bezüge zum Opfer. Zum anderen aber sind Vorteile der Modernisierung nicht zu leugnen. Und schon garnicht können wir uns individuell der umfassenden Modernisierung völlig entziehen. Wir brauchen eine neue Debatte über Maß und Richtung gesellschaftlicher Modernisierung, bei uns und global. Wir müssen diskutieren, welche Lebenswelten gegen das "Vordringen des Systems" verteidigt werden müssen, und welche so rückschrittlich sind, daß ihre Überwindung ein Glück wäre. Das betrifft zum Beispiel die Verteilung der Geschlechterrollen. Oder gibt es gar Chancen, überholte Traditionsbestände zu verändern, ohne gleichzeitig die herrschenden Vorstellungen von Modernität übernehmen zu müssen? Umgekehrt: lassen sich verloren geglaubte Welten wieder aufbauen? Eine tiefgehende Diskussion dieser Fragen soll dazu beitragen, daß zwischen den "wertkonservativen" und den "linken" Strömungen unserer Partei ein neues Verständnis erwächst.

IV. Partei des ökologischen Humanismus

Gerade das zukünftige Deutschland braucht eine Partei des ökologischen Humanismus, eine Partei, die Großmachtansprüchen entgegentritt und die globale Versöhnung von Nord und Süd, von Mensch und Natur an die Stelle expansionistischer Weltmarktstrategien setzt.

Auf der Grundlage dieser Erklärung und einer noch ausstehenden Überarbeitung unseres Parteiprogramms werden wir unsere Politik neu organisieren. Hierzu brauchen wir eine Reform unserer Parteistrukturen, die Verantwortung bündelt, Instanzen schafft, die die vielfältigen politischen Ansätze demokratisch zu einem einheitlichen Willen zusammenfassen können und eine professionellere Arbeit ermöglichen. Dazu gehört auch eine Verbesserung der internen Kommunikation, um wieder unabhängiger von der Berichterstattung in öffentlichen Medien zu werden.

Alle Menschen, die die Notwendigkeit einer Partei des ökologischen Humanismus sehen, rufen wir auf, sich intensiv am Neuaufbau der GRÜNEN zu beteiligen und sie ins Zentrum der politischen Auseinandersetzungen zurückzuführen.

Anhang zur Erklärung von Neumünster*

Innerparteiliche Demokratisierung

DIE GRÜNEN sind vor 12 Jahren entstanden als Alternative zu den etablierten Parteien. Damit war nicht allein der Umweltschutz gemeint. Es ging auch darum, eine demokratischere Alternative zu bilden zu den verkrusteten Altparteien.

Doch wir kommen heute nicht umhin festzustellen, daß der einst experimentelle Ansatz der GRÜNEN in Sachen Demokratisierung in Verkrustung erstarrt ist. Statt Einheit in der Vielfalt steht heute oftmals vielfältige Beliebigkeit. Statt basisdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten von Mitgliedern und Wählern steht undemokratische Bestimmung durch informelle Machtcliquen, statt Verbindlichkeit von Parteiämtern unverbindliche Stellungnahmen Einzelner.

Dieser undemokratisch wenig erfreuliche Zustand der Grünen Partei, der ja auch die einstmals beschworene Streitkultur in eine Streitunkultur verwandelt hat, hat ohne Zweifel dazu geführt, daß DIE GRÜNEN Konturen und vor allem Glaubwürdigkeit verloren haben.

Die Demokratisierung der GRÜNEN selbst steht auf der Tagesordnung.

Wichtig bei diesen Reformen unserer Partei ist uns: Die anderen Parteien sind nicht das Vorbild dieser Reform. Demokratisierung, das heißt nicht Anpassung. Das heißt für uns vielmehr zunächst ein kritisches Bilanzieren, was war gut an unseren basisdemokratischen Konzepten und was hat sich nicht bewährt. So hat z.B. die Quotierung als Instrument der Geschlechterpolitik einiges bewegt und auch stark auf die anderen Parteien gewirkt.

Demokratisierung, das heißt für uns weiter die undogmatische Suche und das beherzte Ausprobieren von mehr Demokratie. Innerparteiliche Demokratisierung muß als ständiger Suchauftrag verstanden werden.

Ein wichtiger Punkt der Demokratisierung unserer Partei ist die Wiederherstellung eines eindeutigen Mehrheitsprinzips. Eine Mehrheit muß, solange sie Mehrheit ist, die Politik nach außen bestimmen und die Minderheit (oder einzelne ihrer VertreterInnen) darf nicht auftreten, als wäre sie die Mehrheit. Das geht natürlich nur, wenn die Partei über einen klaren Grundkonsens verfügt, der der Minderheit ihre Rolle erträglich und attraktiv genug erscheinen läßt. Und es geht natürlich nur, wenn nach innen die Diskussionsprozesse so offen und fair organisiert sind, daß die Minderheit tatsächliche Chancen hat, eines Tages Mehrheit zu werden.

Die Darstellung von relevanten Minderheitenpositionen in grünen Programmen sollte wieder verstärkt durchgeführt werden. Wenn die Position einer Minderheit auch mitvermittelt wird, wird es für sie leichter, die Mehrheitsposition zu tolerieren anstatt sie zu torpedieren.

Wichtig ist auch die Stetigkeit bei der Besetzung von Parteiämtern und Mandaten. Es muß klar sein, wer für DIE GRÜNEN spricht. Gleichzeitig müssen die Rechte der Mitglieder gestärkt werden, indem zentrale politische Fragen konsequent Urabstimmungen unterworfen werden.

* Über die Teile zur innerparteilichen Demokratisierung und Frauenpolitik bestand kein Konsens zwischen den Autoren der Erklärung. Beide Teile wurden in gesonderten Abstimmungen mit Mehrheit angenommen.

Frauenpolitische Erklärung

Elementares Ziel grüner Politik ist die Überwindung patriarchaler Verhältnisse und Strukturen. Wir wissen, daß der ökologische, der friedliche und der soziale Umbau der Gesellschaft nicht zu bewältigen sind, wenn das Herrschaftsverhältnis zwischen den Geschlechtern bestehen bleibt. Solange Frauen nicht die gleichen Einfluß- und Gestaltungsmöglichkeiten haben wie Männer, können wir auch nicht von demokratischen Verhältnissen oder ziviler Gesellschaft sprechen.

In vielen Feldern sind Frauen die mehr oder weniger unfreiwilligen Vorreiterinnen zukunftsweisender Lebensformen und ressourcenschonenden Verhaltens, so z.B. im Verkehrsverhalten, in der Arbeitszeitgestaltung, in der Wahrnehmung sozialer Verantwortung. Unter Emanzipation der Geschlechter verstehen wir auch deswegen nicht die Angleichung der Frauen an die traditionell männliche Lebensbiographie, die einseitig auf die Erwerbsarbeit ausgerichtet ist. Grüner Politik geht es vielmehr darum, Arbeit, Einkommen, Status und Macht gerecht zwischen beiden Geschlechtern aufzuteilen.

Wir beziehen uns dabei auf die Erfolge von zwanzig Jahren neuer Frauenbewegung gegen konservative Frauen- und Familienideologie im Westen und auf die Erfahrung der Frauen mit von oben verordneter Gleichberechtigung im Osten der neuen BRD. Im Westen wird männliche Gewalt gegen Frauen und Mädchen und Frauendiskriminierung inzwischen auf allen gesellschaftlichen Ebenen öffentlich diskutiert und kritisiert. Frauen formulieren selbstbewußt ihre Ansprüche an selbstbestimmtes Leben und gleichberechtigte Teilhabe im Beruf und in der Politik, ohne den Zwang, dafür auf Kinder und soziales Leben verzichten zu müssen. Die "soziale Ressource" Frau für die Erledigung unbezahlter privater Familienarbeit, für unterbezahlte typische Frauenberufe und für ehrenamtliche soziale Leistungen, auf die bisher selbstverständlich gesetzt wurde, wird unter diesen Vorzeichen knapp. Immer mehr Frauen machen nicht mehr mit: der Pflegenotstand, der Erziehungsnotstand, die rapide Zunahme alternativer Lebensformen jenseits der sogenannten "Hausfrauenehe" sprechen eine deutliche Sprache. Im Osten waren die Frauen zwar auf der Grundlage mehr oder weniger guter, aber wenigstens ausreichender öffentlicher Kinderbetreuung zu fast 100% ins Erwerbsleben einbezogen und materiell eigenständig - ihre Löhne lagen aber genauso wie im Westen 30% unter den Männerlöhnen und der Preis für ihre Existenzsicherung waren der weitgehende Verzicht auf politische Einflußnahme und ständige Überlastung. Der kulturelle Umbruch, den im Westen die neue Frauenbewegung ausgelöst hat, fehlt im Osten. Dafür ist dort das Selbstbewußtsein auf der Grundlage der eigenen Existenzsicherung ausgeprägter.

Die grüne Frauenpolitik ist gefordert, ihre bisherige zehnjährige Praxis zu reflektieren und neue Grundlagen und Prioritäten im Austausch und in der Zusammenarbeit mit den Frauen in den neuen Bundesländern zu erarbeiten. Noch geht der Schnitt zwischen West- und Osteuropa genau durch das vereinigte Deutschland. Der dramatische Zusammenbruch gewohnter Sicherheiten in den fünf neuen Bundesländern geht zuallererst zu Lasten der Frauen und die neu gewonnenen Freiheiten drohen demgegenüber in den Hintergrund zu geraten. Wenn wir die Herausforderung annehmen, im Zusammenwachsen voneinander zu lernen und Solidarität miteinander zu üben, ist das die beste Voraussetzung, im Europäischen Haus als Frauen nicht in der Abstellkammer zu landen. Wenn wir die internationale Vernetzung der Frauenbewegung und die unterschiedlichen Emanzipationsstrategien von Frauen in West- und Osteuropa und in der dritten Welt als solche ernstnehmen, sind wir zuallererst an dieser Schnittstelle gefordert.

Die grüne Frauenpolitik lebt von der engen Zusammenarbeit mit den Frauen, die außerhalb der Partei und außerhalb von Parlamenten "in Bewegung" sind und von der Umsetzung feministischer Forschungsergebnisse in konkrete politische Forderungen. Wir sind uns bewußt, daß wir von der Netzwerkarbeit vieler Frauen zehren. Bestandteil unserer Politik ist deshalb, bestehende Frauennetzwerke zu stärken und neue knüpfen zu helfen, die die Grenzen zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit durchlässiger machen.